

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzeln Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard, Verantw. Redaktion (m. Ausn. d. Handl.): Jul Eibau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11858 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660

Der Streit um die Schuld am Kriege.

Der Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen.

Die heutige Sitzung des Reichstags hat schon um 10 Uhr vormittags begonnen. Sie war gleich am Beginne trotz der frühen Stunde stark besucht. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß gleich vornan auf der Tagesordnung der Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen und der des Reichsanzlers stand. Aber wenn man eine große Aussprache über die äußere Politik erwartet hatte, so wurde man enttäuscht. Die augenblicklich wichtigste Frage unserer Außenpolitik, die Londoner Konferenz, ist erst in der vergangenen Woche ausführlich behandelt worden, und zu einer allgemeinen außenpolitischen Debatte großen Stils fehlt dem ermüdeten und mit vierter Geschwindigkeit arbeitenden Haus Zeit und Geduld. So beschränkt sich die Debatte zum Haushalt des Auswärtigen auf eine Auseinandersetzung um die Frage der Schuld am Kriege, die durch die Rede Lord Georges auf der Londoner Konferenz wieder angeknüpft wird, und deren prinzipielle Wichtigkeit allerdings nicht zu verkennen ist. Nur läuft die Art, wie diese Auseinandersetzung heute im Reichstage geführt wird, auf ein reines Parteigezänk hinaus.

Den Anfang machte Abg. **Eduard Bernstein**, der für die Sozialdemokratie sprach, und zuerst Ersparnisse im Haushalt des Auswärtigen anregte, der den der Vorkriegszeit um das Zwanzigfache überstiege. Der auswärtige Dienst müsse vereinfacht werden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen verlangte der Redner eine Abstimmung von innerer und äußerer Politik aufeinander. Deutschland braucht das Vertrauen der demokratischen Schichten aller Länder der Erde auf den guten Willen der deutschen Republik. Dies Vertrauen fehlt, und die Parteien der Rechten tun alles, um es nicht aufkommen zu lassen. Auf diesen Mangel an Vertrauen ist zum guten Teil auch der Mißerfolg der Londoner Konferenz zurückzuführen. Unschleierhaft an die Rede Lord Georges über die Schuld am Kriege erklärte Abg. Bernstein, es sei nicht zu bestreiten, daß die kaiserliche Regierung Deutschlands den Ausbruch des Krieges herbeigeführt habe. Nicht das deutsche Volk als solches trage die Schuld am Kriege, sondern das kaiserliche Regime der Vorkriegszeit. Wollte man sich endlich entschließen, die Schuld des kaiserlichen Deutschland anzuerkennen, dann würde man dadurch zur Entlastung des deutschen Volkes beitragen und dadurch eine freundlichere Atmosphäre für das republikanische Deutschland im Auslande schaffen.

In die gleiche Reihe schlägt der folgende Redner Abg. **Breitscheid** (Unh.). In der nächsten Zeit werden fünfzehn Bände mit Akten des Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte des Krieges herausgegeben werden. Es sei bedauerlich, daß man mit der Herausgabe dieser Bände lediglich Persönlichkeiten betraut habe, die den Parteien der Rechten angehören, und daß man die linksstehenden Parteien vollständig übergangen habe. Bei dieser Gelegenheit kommt Abg. Breitscheid auf die Behauptung zurück, daß Kautsky sein ursprüngliches Urteil über den Anteil Deutschlands an der Schuld am Kriege zurückgenommen habe. Kautsky habe sein Urteil, daß Deutschland planmäßig auf den Krieg hingearbeitet, schon vor der Herausgabe seines Buches revidiert. Daß die Regierung Bethmann Hollwegs bewußt den Krieg heraufbeschworen hat, das zu behaupten, war Kautsky nicht förmlich genug.

Breitscheid bespricht dann eine Rede, die General v. Seeckt über die Londoner Konferenz gehalten haben soll, und meint, daß diese schlecht in das Programm des Außenministers passe. Die Rede habe so behauptet, der Redner, der französischen Regierung bereits Verantwortung gegeben, Vorstellung zu erheben. Freilich gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Rahe sei General v. Seeckt ein Weisheitsmännchen. Derartige Reden werden nur dazu beitragen, das Mißtrauen der Entente zu stärken und sie veranlassen, bei den künftigen Verhandlungen über die Reparationsfrage starke Garantien für die Durchführung eines vertraglichen Übereinkommens zu fordern. Breitscheid bringt darauf, daß die in London abgebrochenen Verhandlungen möglichst bald wieder aufgenommen werden. Von der Regierung verlangt er Aufklärung darüber, ob die Berufung der deutschen Botschafter in London und Paris sowie des Gesandten in Brüssel einen verhängnisvollen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Alliierten bedeute oder nicht. Man müsse in der Reparationsfrage und in der auswärtigen Politik überhaupt von der Regierung endlich ein positives, klares Programm hören. Die Regierung muß sich in gemeinsamen Beratungen mit Sachverständigen darüber klar werden, was sie als Reparation leisten kann und leisten will.

Den beiden sozialistischen Rednern tritt unter starker Unruhe auf der linken Seite des Hauses der deutschnationale Abg. **Schulz-Bromberg** entgegen. Sein Standpunkt ist, daß es keine friedfertiger Regierung gegeben habe als die Wilhelms II.

Derselben Meinung ist der deutschvolksparteiliche Abg. **Nießer**. Im deutschen Schuldbekenntnis sieht er die Grundlage des Vorgehens der Alliierten und glaubt, daß Deutschland einem planmäßigen Völligenfeldzug zum Opfer gefallen sei. Dem müsse man mit allen Mitteln, vor allem mit den Zeugnissen ausländischer Politiker, entgegenzutreten.

Abg. Dr. **Peterßen** (Dem.): Der Fluch, der auf der Behandlung dieses Problems liegt, ist, daß eine objektiv zu behandelnde Frage,

die im Interesse der Stellung Deutschlands in der Welt liegt, zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung mißbraucht wird. Dr. Breitscheid hat darin recht, daß bei der Bemessung des Tatbestandes des Krieges auch auf Seiten der deutschen Regierung schwere intellektuelle Fehler begangen worden sind. Der Wunsch des jungen Deutschen Reiches, zur Weltgeltung zu kommen, war nicht mehr moralische Schuld, als es moralische Schuld Englands war, allein die Herrschaft zur See zu behalten, als es moralische Schuld Frankreichs war, Revanche für 1870/71 zu nehmen, Russlands, die Vorherrschaft auf dem Balkan zu bekommen, Italiens, seinem sacro egoismo zu genügen.

Die kommunistische Rede, die man seit Juni vorigen Jahres im Reichstag immer wieder hört, hielt heute der Abg. **Stöcker**. Und er bringt dabei zur Heiterkeit des Hauses einige neue Redeblikten: „Das A und Umen der Politik“ und „... desto eher werden die Wellen der Revolution auflockern“.

Abg. **Müller-Franken**: Die hohen Töne, die hier geredet werden, haben keinen Zweck. Ich glaube nicht, daß meine Partei die anderen hier überzeugen wird, und auf das Ausland machen diese Reden nicht den allergeringsten Eindruck. Das Ausland hat eine feste Auffassung gewonnen auf Grund der geschichtlichen Vorgänge, wie sie im Ausland gesehen werden. Im Ausland besteht die begründete Überzeugung, daß Wilhelm II. die Schuld am Kriegsausbruch hat. Daran ändert und bessert man nichts, indem man schimpft.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Dittmann** (U. Soz.) wurden der Haushalt des Reichsanzlers und des Auswärtigen Amtes genehmigt sowie das Kapitel Technische Nothilfe aus dem Etat des Reichsinnenministeriums.

Der gemeinsame Wiederaufbau.

Zuschließung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes.

Paris, 17. März.

„Le Peuple“ meldet, daß der Internationale Gewerkschaftsverband am 14. März in Amsterdam eine Versammlung abhielt. Die Hauptfrage auf der Tagesordnung war die internationale Lage, die durch das Mißlingen der Londoner Konferenz geschaffen worden ist. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den Überleitungen in den dem Verband angehörenden Ländern mitgeteilt werden soll. In dieser Entschließung erklärt sich der internationale Gewerkschaftsverband von der Berechtigung der Reparationen und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete überzeugt, aber er erklärt auch, daß diese Kräfte nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller beteiligten Länder errungen werden können.

Gegen die Zwangsmaßnahmen, namentlich gegen die Anwendung militärischer Gewalt, wird Einspruch erhoben und versichert, daß ein Einverständnis zwischen den verschiedenen Ländern zum Aufbau der Ruinen erzielt werden könne, denn der Wille der Deutschen zur Reparation sei vorhanden. Schließlich wurde eine unparteiliche Untersuchung vorgeschlagen. Wenn nötig, solle man eine schiedsgerichtliche Entscheidung herbeiführen.

Zuschließung des internationalen Gewerkschaftsverbandes wird durch eine Erklärung der deutschen Arbeiterverbände vervollständigt, die mit den Unterzeichnern der Arbeitervertreter **Grasman** und **Sué** versehen ist. Die Unterzeichner geben namentlich ihrer Meinung Ausdruck, daß eine rasche Reparation der durch den Krieg verursachten Schäden eine der dringlichsten Aufgaben ist, die der zivilisierten Welt in ihrer Gesamtheit zufällt. In allererster Linie muß an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens herangegangen werden.

Die Erklärung schließt: Es besteht kein Zweifel, daß unsere deutschen Gewerkschaften zwecks raschster Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigsten beteiligten Arbeiterkreise ausbieten werden.

Ein Diplomat der Unterschlagung beschuldigt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Wien, 17. März.

Ueber einen ungeheuren Skandal berichten die spanischen Zeitungen. Sie erheben in den schärfsten Ausdrücken die Anklage gegen deutsch-österreichischen Vertreter in Madrid Freiherrn v. **Gagern**, er habe sich Unterschlagungen zuschulden kommen lassen, die in die Millionen gehen. Die Hälfte der für die Wiener Kinderhilfe gesammelten Gelder sollen veruntreut sein. Es handelt sich um den Legationsrat Freiherrn von Gagern, der als Gesandter Deutsch-Österreichs in Spanien fungiert. Die Beschuldigung soll begründet sein. Wie ich höre, ist Gagern abberufen worden.

Rückreise von Posen.

Von
M. C.

Man wird im Posener Lande nie das Gefühl los, irgendwie in einer Mausefalle zu sitzen. Eine Tür scheint hinter einem zugefallen zu sein, aus der das Entweichen schwer fallen wird. In der Unterhaltung mit polnischen Bekannten gefanden mir diese, stets dasselbe Gefühl zu haben; die Empfindung, irgendwelchen unsägbaren Gewalten ausgeliefert zu sein, deren Handlungen verborgen und unberechenbar sind. Ich bin schließlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Ursprung und Ursache in den vielen, unkontrollierbaren Gerüchten zu suchen sind, die von Mund zu Munde getragen werden und ihren Grund in der völligen Knebelung der Presse haben. Im vergangenen Jahre war das alle Menschen in Unruhe und Aufregung versetzende Gerücht des Tages die täglich von neuem erwartete und besichtigte Post- und Bahnperre. Heute wurde mit unerschütterlicher Bestimmtheit behauptet, die Deutschen hätten der Posen wegen die Grenze gesperrt und gestatteten den Uebergang nur dem einen postzeitlich gestempelten Impfschein Besitzenden. Auskunft über die Wahrheit dieser Behauptung war nirgends zu erhalten. Mit der angenehmen Aussicht, in Stettin nicht nach Deutschland hinein und in Dentschen nicht wieder zurückgelassen zu werden, trat ich die Heimreise an.

Der aus Warschau kommende D-Zug sollte um sieben Uhr morgens Posen verlassen. Um 7 1/2 Uhr, um 1/8 nach mitteleuropäischer Zeit, machten wir uns auf den Weg zum Bahnhof. Es war so stockdunkel, daß wir nicht die Hand vor Augen sehen konnten, und verschiedentlich mit uns Entgegenkommenden zusammenstießen. Ein heifer Nordostwind trieb uns kleine Schnee- und Eislücken ins Gesicht und machte das Atmen betnahe unmöglich. In glücklicheren Zeiten hatten wir diesen Posener Ostwind „Poladen-Zephyr“ genannt. Als wir uns endlich bis zum Stationsgebäude durchgekämpft hatten, belehrten uns ein paar Kreisbesitzer auf schwarzer Tafel, daß der erwartete D-Zug 140 Minuten Verspätung hatte. Eine angenehme Ueberraschung! Was sollten wir tun? Das nächstliegende, im Wartesaal warten, war ausgeschlossen. Erstens wegen des Schmutzes, zweitens wegen der sich dort breitmachenden Soldateska, drittens wegen der Aussicht, doch noch feuchengebäht nach Deutschland zurückzukehren. Es blieb uns nichts anderes übrig, wir mußten noch einmal nach Hause gehen. Hindurch durch Schnee und Wind, der sich allmählich zu einem richtigen Schneesturm ausgewachsen hatte. Nach zwei Stunden versuchten wir es noch einmal. Aber die Tür der Mausefalle öffnete sich nicht so leicht. Aus den 140 Minuten Verspätung waren 180 geworden. Es blieb uns nichts anderes übrig, wir mußten auf dem Bahnsteig warten. Bei 15 Grad Kälte kein beneidenswertes Vergnügen! Die Zahl der Abfahrtsbereiten wuchs von Minute zu Minute und wurde allmählich ein stattliches Häufchen, welches gleich uns frierend und stampfend hin und her ging. Nach und nach fing man an zu schimpfen. Zuerst auf polnisch, dann auf deutsch, auf die Warschauer Sch-wirtschaft, das Posener Eisenbahnpersonal sekundierte nach Kräften. Aus den 180 Minuten Verspätung wurden 240.

Neben dem Stationsgebäude lag der Schuppen der militärischen Verpflegungsstation. Die Fahne mit dem roten Kreuz im weißen Felde wehte vom Dach im eifigen Morgenwind. Scharen von Soldaten gingen ab und zu in ihren erdbarbenen, vom Kampf und Wetter zerstückelten Uniformen. Alle paar Minuten fuhr ein Sanitätsautomobil vor, um die Kranken abzuholen. Erkrankt woran? Cholera, Flecktyphus, Pocken! Wer wollte es wissen!

Endlich mit vierstündiger Verspätung keuchte der Zug in die Halle. Die Schnellzuglokomotive, die einzige polnische, wie die Umstehenden behaupteten, war defekt geworden, und eine Güterzuglokomotive hatte den D-Zug bis Posen geschleppt. Mit einem Schwall von Schimpf- und Hohnworten begrüßten die Posener Eisenbahner ihre Kollegen aus Warschau. Diese blieben die Antwort nicht schuldig. Einen Augenblick schien es, als wollten die feindlichen Brüder handgemein werden. Zahllose Menschen entströmten dem angekommenen Zuge. Gestalten, wie sie ein mitteleuropäisches Auge nie vorher gesehen hatte. Endlich wurde uns das Einsteigen gestattet. Entsetzt prallte ich an der Tür zurück. Es erschien unmöglich, in diesem Zuge die Fahrt nach Berlin anzutreten! Wie es darin aussah, läßt sich schwer schildern. Man konnte kaum treten, so war der Boden mit Unrat bedeckt. Apfelsinenschalen (das Stück kostet in Polen 30 Mark), Papierschnitzel, Asche, Zigarettenstummel, dazwischen andere undefinierbare Schmutzballen. Es gab kein Fleckchen, wohin nicht gesputzt worden war. Der Gang vor dem Abort war verunreinigt. Die Luft zum Schneiden. Ich rief zuerst einmal das Fenster auf. Dann gab ich der in Posen eingestiegenen Bedienungsfrau 10 Mark polnisch und ersuchte sie, ein Abteil so weit zu reinigen, daß ich mich hineinsetzen konnte. Dieser großartige Gedanke lockte Zuschauer herbei. Der Schaffner, die vieleckige Konfederatta über dem breitnackigen, gutmütigen Glanzgesicht, wurde zutraulich. Er schilderte in glühenden Farben die „Warschauer Zucht“ und schloß unter dem Beifall der anderen Zuschauer mit den Worten, die ich in der vergangenen Woche täglich hundertmal gehört hatte: „Es wird Zeit, daß wir wieder deutsch werden.“